



Bundestag Aktuell

Andreas Mattfeldt MdB

20.01.2012

Verden - Osterholz



Liebe Freunde,

das neue Jahr beginnt mit guten Nachrichten: Deutschland liegt zum Jahresauftakt beim Wirtschaftswachstum vorn.

Mit drei Prozent Wachstum im Jahr 2011 ist Deutschland zur wichtigsten Wachstumslokomotive für den ganzen Kontinent geworden und steht heute besser da, als vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.

Mit der Union ist „Made in Germany“ wieder zu einem Aushängeschild deutscher Leistungsfähigkeit geworden. Seit die Union regiert, hat sich die Arbeitslosigkeit halbiert und ein 20-Jahres-Tief erreicht. Einen Spitzenwert erreichte die Zahl der Erwerbstätigen. Kurz: Es geht bergauf.

Möglich gemacht haben all dies fleißige Menschen, die Wirtschaft, insbesondere unsere mittelständischen Unternehmen, gezielte Investitionen in die Zukunft, richtige Regelungen im Arbeitsmarkt und entschiedener Sparwille. Hinzu kommen die richtigen Entscheidungen in der europäischen Verschuldungskrise. Die Menschen spüren, dass sie uns vertrauen können, die Zustimmungswerte steigen. Das soll uns Ansporn sein für gute Arbeit auch im Jahr 2012.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Kieler Erklärung – Deutschlands Zukunft als starkes Innovationsland

Zum Jahresauftakt hat der Bundesvorstand der CDU im Rahmen seiner Klausurtagung mit der „Kieler Erklärung“ ein Konzept beschlossen, das die Koordinaten für die Fortsetzung dieser guten Entwicklung im Jahr 2012 und darüber hinaus setzt.

Ein 10-Punkte-Plan zeigt Maßnahmen auf, die wir für ein auch in Zukunft starkes Innovationsland Deutschland auf den Weg bringen wollen.

Dabei ist es für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land mit seinen vielfältigen kulturellen, politischen und ökonomischen Zentren wichtig, für eine gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land Sorge zu tragen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Verfügbarkeit und Qualität von Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu Konzentration und Überangebot auf der einen und Verfall und Verflachung auf der anderen Seite führen.

Wir müssen neue Wege des Ausgleichs und der Kooperation finden, um das Thema Stadt-Land-Gefälle nicht zu einem Problem werden zu lassen.

Darum wird sich die unionsgeführte Koalition intensiv kümmern und ein Programm für den ländlichen Raum auflegen.

Extremismusprävention

Nicht erst seit den jüngst bekannt gewordenen Taten der rechtsextremen Zwickauer Terrorzelle ist die Bekämpfung extremistischer Strömungen ein Anliegen der christlich-liberalen Koalition.

Bundesjugendministerin Dr. Kristina Schröder hat 2011 den Geldansatz für die Bekämpfung jeglicher Form von Extremismus um fünf Millionen

Euro angehoben, so dass 2011 hierfür alleine in ihrem Etat 29 Millionen Euro zur Verfügung standen. Für

2012 konnte sie Einsparungen im Verwaltungsbereich in Höhe von zwei Millionen Euro erreichen. Diese zwei Millionen Euro werden deshalb zusätzlich für die aus diesem Titel finanzierten Programme zur Verfügung stehen.

Als für den Etat von Ministerin Schröder zuständiger Haushälter mache ich mir ein Bild von allen aus diesem Topf geförderten Projekten ein Bild. Deshalb habe ich mich in

dieser Woche mit der Mitbegründerin und Geschäftsführerin von Violence Prevention Network e.V., Judy Korn, getroffen, um mir ein Bild von der Arbeit dieses Vereins zu machen.

Der Verein widmet sich im Rahmen des Programms „Initiative Demokratie stärken“ mit einem Modellprojekt der Bekämpfung von Linksex-

tremismus. Der Verein ist damit einer der wenigen Akteure, der sich intensiv mit den pädagogischen Her-

ausforderungen bei der Arbeit in diesem komplexen Themenfeld mit Erfolg widmet.

Ein weiteres Projekt dieses Vereins ist das Programm „Verantwortung übernehmen—Abschied von Hass und Gewalt“. Hier arbeitet der Verein mit extremistisch gefährdeten Jugendlichen und versucht sie zu deradikalisieren und ihnen so die Rückkehr in das demokratische Gemeinwesen zu ermöglichen.



Jahreswirtschaftsbericht

Deutschland bleibt Wachstumsmotor in der EU

Die Bundesregierung erwartet aufgrund der Unwägbarkeiten der europäischen Staatsschuldenkrise für 2012 mit einem BIP-Wachstum von plus 0,75 Prozent deutlich weniger Wirtschaftsdynamik als in den hervorragenden beiden letzten Jahren. Trotz des schwierigen Umfeldes gibt es keinerlei Anzeichen für Stagnation oder gar Rezession, weil wir auf intakte Wachstumskräfte bauen können. Besonders erfreulich entwi-

ckelt sich die Binnenwirtschaft, die mehr und mehr zur tragenden Säule wird. Die Menschen in Deutschland profitieren von mehr Arbeitsplätzen, höheren Einkommen und besseren Zukunftschancen. 2012 ist erneut auch ein Beschäftigungsrückgang zu erwarten. Der wirtschaftspolitische Kurs der christlich-liberalen Koalition erweist sich als goldrichtig.

Änderung von Dünge-, Saatgutverkehrs- sowie Lebensmittel- und Futtermittelgesetz

In zweiter und dritter Lesung haben wir die Änderung von Dünge-, Saatgutverkehrsgesetz und Lebensmittel- und Futtermittelgesetz verabschiedet. Mit der Änderung des Düngegesetzes wird die rechtliche Grundlage für die grundsätzliche Verkehrsfähigkeit von Düngemitteln aus anderen Mitgliedstaaten in Deutschland geschaffen. Zur Wahrung des bestehenden Schutzniveaus müssen auch Düngemittel aus anderen Mitgliedstaaten den Anforderungen zum Schutz vor Gefahren für die Gesundheit von Mensch oder Tier oder den Naturhaushalt genügen. Das Saatgutverkehrsgesetz wird mit der Gesetzesänderung gemäß der EU-Vorgaben präzisiert. Die maßgeblichen EU-Richtlinien für das Inverkehrbringen von Saatgut, von Erhaltungssorten landwirtschaftlicher Pflanzen- und Gemüsearten sowie von Erhaltungssaatgutmischungen sehen unter anderem Vorgaben zur regionalen Herkunft des Saatgutes, zu Saatgutmengen und spezielle Aufzeichnungspflichten für Saatguterzeuger vor. Mit der Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches werden Strafbewehrungen in Wortlaut und Gewichtigkeit angepasst.

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 71322
Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range



CDU